

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 21.05.2007

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:55 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Rainer Zörgiebel UWG

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers CDU
Herr Alfons Langfermann CDU
Herr Hans-Dieter Röben CDU
Herr Walter Backhaus CDU
Herr Jürgen Haake FDP
Herr Rüdiger Kramer SPD
Herr Lars Krause SPD
Frau Monika Sager-Gertje SPD
Herr Werner Skirde SPD
Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Günther Henkel
Herr Hans-Hermann Ammermann
Herr Stefan Unnewehr bis TOP 6
Herr Guido Zech
Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr 2. stv. BM Egon Düser UWG
Frau Evelyn Fisbeck FDP
Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan bis TOP 5
Frau Anke Kapels von der Rasteder Rundschau
sowie 6 weitere Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.04.2007
- 4 2. Änderung Bebauungsplan 33 B - Gewerbegebiet Neusüdende (Klein Feldhus)
Vorlage: 2007/076
- 5 Änderung mehrerer Bebauungspläne entlang der Oldenburger Straße im Ortsteil Wahnbek (Sammeländerung OD Wahnbek)
Vorlage: 2007/077
- 6 Antrag des CDU Gemeindeverbandes auf Erstellung eines Wohnmobilstellplatzes mit Ver- und Entsorgung auf dem Marktplatz
Vorlage: 2007/068
- 7 Ausbau des Meenheitsweges von der Wilhelmshavener Straße bis zur Einmündung Schlehenweg
Vorlage: 2007/099
- 8 Pflasterprogramm "Glatte Gehwege"
Vorlage: 2007/089
- 9 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Kramer bittet darum, den als Tischvorlage vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion „Wohnmobilplatz in Rastede“ bei der Beratung des Tagesordnungspunkts 6 zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.04.2007

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 16.04.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

2. Änderung Bebauungsplan 33 B - Gewerbegebiet Neusüdende (Klein Feldhus)

Vorlage: 2007/076

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt zunächst noch einmal die in der Anlage zur Vorlage erläuterten wesentlichen Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge vor. Er weist darauf hin, dass aufgrund der vorgenommenen Änderung bei der Ein- und Ausfahrt zum Möbelmarkt eine erneute öffentliche Auslegung mit Behördenbeteiligung notwendig ist.

Herr Krause erkundigt sich im Hinblick auf die Anmerkungen des Landkreises Ammerland, ob es für die Einrichtung einer Ortsdurchfahrt eine Richtlinie beziehungsweise bestimmte Kriterien gibt.

Herr Henkel legt dar, dass es für einen qualifizierten Ausbau keine Rechtsgrundlage gibt. Im Übrigen weicht im vorliegenden Fall der Ausbauzustand des neuen Abschnitts nicht wesentlich von der bereits bestehenden Ortsdurchfahrt in Wahnbek ab.

Herr Langhorst bemerkt, dass die Forderungen des Landkreises sicherlich überzogen sind, doch einige Maßnahmen wie etwa die eingeforderten Überquerungshilfen für Fußgänger und Radfahrer durchaus sinnvoll sind.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Langhorst bezüglich der Ein- und Ausfahrtsregelung beim Möbelmarkt führt Herr Aufleger aus, dass auf dem Grundstück des Marktes die Gemeinde planungsrechtlich keine Handhabe hat, sodass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, die Ein- und Ausfahrt am nördlichen Rand des Grundstückes zu platzieren. Somit kann weitestgehend verhindert werden, dass die Zufahrt als Schleichweg zum Gewerbegebiet genutzt wird.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 b - Gewerbegebiet Neusüdende wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Änderung mehrerer Bebauungspläne entlang der Oldenburger Straße im Ortsteil Wahnbek (Sammeländerung OD Wahnbek)

Vorlage: 2007/077

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan legt dar, dass im Wesentlichen die gleichen Anregungen eingegangen sind, wie beim soeben beratenen Tagesordnungspunkt „2. Änderung Bebauungsplan 33 B - Gewerbegebiet Neusüdende (Klein Feldhus)“.

Herr Backhaus führt in Hinblick auf die Gestaltung der Ortsdurchfahrt aus, dass es sinnvoll ist, zumindest auf Höhe des Brombeerwegs und der Havelstraße einen Stauraum für querende Radfahrer und Fußgänger zu schaffen.

Herr Henkel weist noch einmal darauf hin, dass mit der Sammeländerung keine wesentlichen Veränderungen einhergehen, sondern lediglich eine Beordnung der größtenteils vorhandenen Zufahrten erfolgt.

Herr Langhorst bemerkt, dass mit den vorgeschlagenen kleinen Veränderungen eine deutliche Verbesserung der Situation für Fußgänger und Radfahrer erreicht werden kann.

Herr Henkel betont, dass die Gemeinde Rastede bei einem höheren Verkehrsaufkommen sicherlich reagieren wird. Bislang ist diesbezüglich im Bereich des Brombeerwegs und der Havelstraße aber keine nennenswerte Veränderung festzustellen.

Herr Kramer und Herr Krause unterbreiten den Vorschlag, eine Überprüfung der Verkehre vorzunehmen. Dabei sollte die Situation der Ortsdurchfahrt ganzheitlich von der Sandbergstraße bis zum Kreisverkehrsplatz betrachtet werden.

Seitens der Ausschussmitglieder herrscht Einvernehmen darüber, diesen Vorschlag als Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu geben.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 13 Abs. 2, 3 Abs. 2 sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 30.04.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Sammeländerung der Bebauungspläne Nr. 33a, 34, 68 a und des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 für Teilbereiche entlang der Kreisstraße 131 (Oldenburger Straße) im Ortsteil Wahnbek nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Antrag des CDU Gemeindeverbandes auf Erstellung eines Wohnmobilstellplatzes mit Ver- und Entsorgung auf dem Marktplatz

Vorlage: 2007/068

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel weist eingangs darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion „Wohnmobilstellplatz in Rastede“ zu spät eingegangen ist, sodass die inhaltlichen Argumente bei der Vorlagengenerierung nicht berücksichtigt werden konnten.

Herr Kramer erläutert daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 1 der Niederschrift) und betont, dass es aus arbeitsökonomischen Gründen sinnvoll ist, die Thematik heute umfassend abzuarbeiten.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass es dem CDU-Gemeindeverband in erster Linie darum geht, einen geeigneten Wohnmobilstellplatz in Rastede zu finden. Der Marktplatz ist diesbezüglich sicherlich nur als eine Möglichkeit zu sehen. Im Übrigen ist die CDU-Fraktion sehr verwundert darüber, dass die SPD in einer Pressemitteilung zunächst Wohnmobilstellplätze grundsätzlich ablehnt und nunmehr einen Antrag vorlegt, der die Schaffung eines Wohnmobilstellplatzes fordert.

Herr Kramer entgegnet, dass sich die SPD nicht grundsätzlich gegen Wohnmobilstellplätze ausgesprochen hat, sondern lediglich den Standort am Marktplatz ablehnt. Mit dem vorliegenden Antrag will die SPD-Fraktion bezwecken, dass geeigneten Alternativen aufgezeigt und auf Eignung untersucht werden.

Herr Unnewehr erläutert ergänzend zur Beschlussvorlage, dass der Bedarf an Wohnmobilstellplätzen nur sehr schwer einzuschätzen ist. Gleichwohl ist festzustellen, dass die Grünflächen am Rande des Marktplatzes für Wohnmobilstellplätze kaum ausreichen.

Herr Krause ergänzt, dass die Standorte Schützenplatz, Parkplatz an der Eichendorffstraße und Sattelplatz am geeignetsten erscheinen. Er bittet die Verwaltung, die Flächen näher zu untersuchen, um alsbald einen zeitgemäßen Stellplatz für Wohnmobile herrichten zu können.

Herr Langhorst bemerkt, dass Wohnmobilstellplätze eigentlich nur einen ruhigen, sicheren Standort mit Stromanschluss und gegebenenfalls Entsorgungsmöglichkeiten suchen. Aufgrund des Denkmalschutzes sollte allerdings auf einen Stellplatz im Bereich des Schlossparks verzichtet werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel fasst zusammen, dass alle Fraktionen einen geeigneten Standort für Wohnmobilstellplätze wünschen. Die Verwaltung sollte daher beauftragt werden, Kostenalternativen für die Veränderung auf vorhandenen, grundsätzlich geeigneten Stellplätzen vorzulegen.

Beschlussempfehlung:

Auf die Schaffung von Wohnmobilstellplätzen auf dem Marktplatz wird verzichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, Kostenalternativen für die Veränderung auf vorhandenen, grundsätzlich geeigneten Stellplätzen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Ausbau des Meenheitsweges von der Wilhelmshavener Straße bis zur Einmündung Schlehenweg

Vorlage: 2007/099

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann stellt zunächst noch einmal beide Ausbauvarianten vor und betont, dass der Ausbau des Meenheitswegs mit einem Fuß-/Radweg von 1,50 m Breite und einer Fahrbahn von im Mittel 4,75 m am sinnvollsten ist. Er erläutert, dass ein Ausbau als verkehrsberuhigter Bereich nur dann dem Schutzbedürfnis der schwächeren Verkehrsteilnehmer gerecht würde, wenn eine Akzeptanz der zu fahrenden Geschwindigkeit zu erwarten ist. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass insbesondere bei längeren Fahrtstrecken ab ca. 300 m die Akzeptanz nachlässt. Dem Schutzbedürfnis der schwächeren Verkehrsteilnehmer dürfte eher die Lösung in der dargestellten Variante 2 entsprechen, zumal Fahrradfahrer mit einem Alter von bis zu 10 Jahren ebenfalls den Gehweg nutzen dürfen beziehungsweise müssen. Im Übrigen lässt sich anhand der Pkw-Zahlen ablesen, dass ein relativ hoher Anteil der Kraftfahrzeuge in das Neubaugebiet fährt und daher der Meenheitsweg nicht als reine Anliegerstraße einzustufen ist.

Herr Backhaus gibt zu verstehen, dass sich der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen im Jahre 2004 mehrheitlich für die Variante 1 ausgesprochen hat, weil bei dieser Planung unter anderem die Bäume auf der nördlichen Straßenseite nicht beseitigt werden müssen.

Herr Ammermann legt dar, dass 2004 die politischen Gremien die Verwaltung beauftragt haben, den Anliegern des Meenheitswegs in einer Anliegerversammlung zwei Ausbauvarianten vorzustellen. Als Ergebnis der Anliegerversammlung ist festzuhalten, dass es kein klares Votum für die eine oder andere Variante gegeben hat.

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass bei den Anliegerversammlungen die Mehrheit der Bürger den niveaugleichen Ausbau als verkehrsberuhigten Wohnbereich favorisiert hat. Insbesondere für Radfahrer ist diese Variante wesentlich sicherer, da der bei der Variante 2 vorgesehene Fußweg von Jugendlichen und Erwachsenen Radfahrern nicht genutzt werden darf.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje und Herrn Backhaus an und ergänzt, dass mit der Vermischung der Verkehre in den Niederlanden sehr erfolgreiche Versuche gestartet worden sind. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob bei der Variante 1 auch die Einrichtung einer 30 km/h – Zone möglich ist.

Herr Zörgiebel erläutert, dass sich der Ortsbürgerverein Hahn-Lehmden deutlich für die Variante 2 ausgesprochen hat, weil der Meenheitsweg in erster Linie als Zu- und Abfahrt zum neuen Baugebiet genutzt wird. Der Ortsbürgerverein spricht sich zudem dafür aus, ein Gespräch mit dem Schützenverein zu suchen, um gegebenenfalls Ersatzpflanzungen auf den Schützenplatz vornehmen zu können.

Herr Haake betont, dass die Variante 1 für den landwirtschaftlichen Verkehr die wenigsten Probleme birgt.

Herr Röben spricht sich ebenso wie Herr Zörgiebel für die Variante 2 aus und gibt zu verstehen, dass sich diese Ausbauvariante unter anderem auch in Leuchtenburg (Domsheide) bewährt hat.

Herr Ammermann weist darauf hin, dass der Meenheitsweg überwiegend als Durchgangstraße für die neuen Wohnbaugebiete genutzt wird. Der reine Anliegerverkehr beläuft sich auf lediglich 80 bis 100 Fahrzeuge pro Tag.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel über den Beschlussvorschlag der Verwaltung

„Der Meenheitsweg wird mit einem Fuß-/Radweg von 1,50 m Breite und einer Fahrbahn von im Mittel 4,75 m ausgebaut. Durch Fahrbahnversätze werden die Voraussetzungen für eine 30 km/h – Zone geschaffen. Der Beschluss und dessen straßenausbaubetragsrechtliche Auswirkungen sind den Eigentümern in einer Eigentümerversammlung mitzuteilen.“
abstimmen.

Bei 2 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen wird der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Herr Langhorst stellt daraufhin folgenden Antrag:

Der Meenheitsweg wird gemäß der Variante 1 niveaugleich ausgebaut.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Straßenverkehrsbehörde die Einrichtung einer 30 km/h – Zone zu prüfen.

Der Beschluss und dessen straßenausbaubetragsrechtliche Auswirkungen sind den Eigentümern in einer Eigentümerversammlung mitzuteilen.

Beschlussempfehlung:

Der Meenheitsweg wird gemäß der Variante 1 niveaugleich ausgebaut.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Straßenverkehrsbehörde die Einrichtung einer 30 km/h – Zone zu prüfen.

Der Beschluss und dessen straßenausbaubetragsrechtliche Auswirkungen sind den Eigentümern in einer Eigentümerversammlung mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Pflasterprogramm "Glatte Gehwege"
Vorlage: 2007/089

Sitzungsverlauf:

Herr Backhaus lobt, dass die Arbeiten von der Pflasterkolonne zügig und fachgerecht ausgeführt werden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 17:55 Uhr.